



Gemeinde Aschbach-Markt

Rathausplatz 11/1

3361 Aschbach Markt, N.Ö.

TEL 07476/77321-0, FAX 07476/77321-18

E-MAIL: gemeinde@aschbach-markt.at

Gerichtsstand: Amstetten

Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde Aschbach-Markt vom 15.05.2008 in der Fassung der Verordnung vom 08.04.2015

Rechtskraft: 14.08.2015

§ 1 (gegenstandslos)

§ 2 Entwicklungskonzept (Einleitung gegenstandslos)

(1) Allgemeine Entwicklungsziele - Leitbild

Die Marktgemeinde Aschbach bekennt sich zur Verantwortung der Sicherung einer hohen Lebensqualität. Ausgehend von den menschlichen Grundbedürfnissen ist unter Bedachtnahme auf

- die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- den größtmöglichen Schutz der Umwelt sowie
- die abschätzbaren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bewohner

der Gemeindefläche bestmöglich zu nutzen und als Lebensraum der Wohnbevölkerung lebenswert zu gestalten.

(2) Bevölkerungsentwicklung

- Um Folgewirkungen wie weiteren Landschaftsverbrauch und hohe Infrastrukturaufwendungen zu vermeiden, wird seitens der Marktgemeinde Aschbach über den potenziellen Einwohnerzuwachs, der sich aus der vollständigen Nutzung vorhandener Baulandreserven ergeben kann, hinaus keine massive weitere Erhöhung der Bevölkerungszahl angestrebt.

(3) Naturraum - Erholungsraum

1. Sicherung der Leistungsfähigkeit und nachhaltige Weiterentwicklung der Kulturlandschaft zur Erhaltung der Stabilität des Landschaftsraumes und einer gesunden Lebensgrundlage.
2. Erhaltung und Sicherung ökologischer Besonderheiten.
3. Sicherung der Erholungsfunktion und Erhaltung der Wohlfahrtsfunktion der Landschaft.

(4) Wirtschaft

1. Sicherung, Vergrößerung und Diversifizierung des Arbeitsplatzangebotes in Aschbach zur Verringerung der Pendelwanderung und zur Verkehrsvermeidung.
2. Aufrechterhaltung einer funktionierenden Nahversorgung in der Gemeinde.
3. Nachhaltige Weiterentwicklung der Landwirtschaft.

(5) Baulandentwicklung

1. Kein weiterer Landschaftsverbrauch

- Aktivierung des Nutzungspotenzials bestehenden Baulandes statt Neuausweitung von Baulandflächen außerhalb der planlich dargestellten Entwicklungsbereiche.

- Mögliche Wohn- und Betriebserweiterungen innerhalb des bestehenden Siedlungsverbandes in den in der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes dargestellten Bereichen.

2. "Lebens- und Alltagsraum der kurzen Wege" - Verfolgung von Ordnungsprinzipien einer Siedlungsstrukturentwicklung zum Abbau von Mobilitätszwängen

- Nach Möglichkeit Funktionsmischung von wichtigen Lebensbereichen des Alltages (Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung, Ausbildung, soziale Infrastruktur, Erholung und Freizeit).

3. Sicherung einer hohen Wohnstandort- und Wohnumfeldqualität

(6) Sicherung des erhaltenswerten regionaltypischen Orts- und Landschaftsbildes

1. Schaffung von klaren Siedlungsabschlüssen

- Einhaltung klarer Siedlungsabschlüsse bei den bestehenden und geplanten Siedlungen durch Festlegung von Siedlungsgrenzen.
- Festlegung von Freihalteflächen zur Sicherung wichtiger Entwicklungsbereiche.

2. Erhaltung einer erlebbaren (Kultur-)Landschaft

- Erhaltung sowie verstärkter Einsatz der regionstypischen Landschaftselemente wie
- Erhaltung der Uferbegleitgehölze und der Bachwiesen als Bestandteile eines abwechslungsreichen Landschaftsbildes.
- Umsetzung der in der Url-Fluss-Studie angeführten Maßnahmen (sofern nicht schon geschehen).

(7) Verkehr

1. Umsetzung des NÖ-Verkehrsleitbildes: "Verkehr vermeiden - verlagern - verbessern - fördern"

- Vermeidung nicht notwendigen motorisierten Individualverkehrs (mIV) im Hinblick auf ein möglichst geringes Verkehrsaufkommen des mIV.
- Verlagerung des nicht vermeidbaren mIV auf umweltfreundliche Verkehrsmittel.
- Minimierung der negativen Auswirkungen des nicht vermeidbaren mIV.
- Vermeidung verkehrserregender Nutzungen in Lagen abseits ausreichender Verkehrsanbindungen.
- Anpassung der innerörtlichen Verkehrserschließung an die Anforderungen der Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Benutzer.

2. Vorsorge für eine gute Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum

- Ausbau einer den Bedürfnissen der Bevölkerung des ländlichen Raumes angepassten Verkehrsinfrastruktur, um den nicht verlagerbaren motorisierten Individualverkehr bestmöglich bewältigen zu können.
- Ausbau jener regionaler und überörtlicher Straßenverbindungen mit hohem Verkehrsaufkommen, die noch keinen ausreichenden Ausbaustandard haben.

3. Verbesserung des öffentlichen Verkehrsmittelangebotes und Förderung sinnvoller Mobilität der Bevölkerung.

§ 3 Besondere Ziele

In Übereinstimmung mit dem Entwicklungskonzept gemäß § 2 werden folgende besondere Ziele festgelegt:

1. Lage der Gemeinde, Funktionen, Umlandbeziehungen

(1) Lage der Gemeinde

Stärkung der Bedeutung des Marktes Aschbach als Wohn- und Arbeitsstandort an einer wichtigen Ost-West-Verkehrsachse durch Ausbau des Dienstleistungsangebotes und eine offensive Arbeitsplatzpolitik.

Ausnutzung des Lagevorteils auf Grund der guten Verkehrsverbindungen und der Nähe zum Bezirkshauptort Amstetten durch Schaffung neuer Arbeitsplätze in Verkehrsgunstlagen.

Überlegungen bezüglich eines interkommunalen Gewerbeparks gemeinsam mit der Nachbargemeinde Oed-Öhling westlich der L84 im Bereich der Autobahnanschlussstelle Oed, Fahrtrichtung Wien.

Abbau der Lagennachteile wie z.B. Kaufkraftabfluss durch Verringerung der Auspendlerzahlen.

(2) Funktionen

Im Sinne der Bestimmungen der Sachraumordnungsprogramme des Landes Niederösterreich und entsprechend der örtlichen Grundlagenforschung sind innerhalb der Marktgemeinde Aschbach folgende Funktionen anzustreben:

Die Gemeinde ist zentraler Ort der Stufe I. Es soll daher angestrebt werden, dass im Gemeindehauptort Aschbach-Markt alle zentralen Einrichtungen der Grundversorgung der Bevölkerung sowie die für einen zentralen Ort der Stufe I stufenspezifischen Einrichtungen vorhanden sind. Bei Wegfall einer dieser Einrichtungen soll umgehend für gleichwertigen Ersatz gesorgt werden.

Die in den einzelnen Sachraumordnungsprogrammen des Landes Niederösterreich angeführten Maßnahmen sind auf ihre Umsetzbarkeit innerhalb der Gemeinde zu prüfen und gegebenenfalls projektbezogen zu unterstützen (z.B. Unterstützung von Betriebsansiedelungen, Ausbau der Sport- und Freizeitanlagen, etc.)

Funktionen der einzelnen Katastralgemeinden bzw. Ortsteile

Unter Bedachtnahme auf die traditionelle Verteilung der Funktionen der einzelnen Katastralgemeinden sowie auf ihre künftige Bedeutung innerhalb des Gemeindegebietes sollen die Katastralgemeinden folgende Funktionen erfüllen (Reihung der Funktionen nach ihrer Bedeutung für die Katastralgemeinde):

- KG Abetzberg: Agrarstandort, Wohnstandort;
- KG Aschbach-Dorf: Wohnstandort, Erwerbsstandort, Agrarstandort;
- KG Aschbach-Markt (inkl. Neufeld KG Mitterhausleiten): Wohnstandort, Erwerbsstandort, Tourismusstandort;
- KG Krenstetten: Wohnstandort, Agrarstandort, Erwerbsstandort;
- KG Mitterhausleiten (ohne Neufeld): Wohnstandort, Agrarstandort, Erwerbsstandort;
- KG Oberaschbach: Agrarstandort, Wohnstandort;

Sicherstellung bzw. Ausbau der zugewiesenen Funktionen je nach Erfordernis.

(3) Umlandbeziehungen

Intensivierung der Beziehungen zu den Nachbargemeinden unter Zuhilfenahme von Planungsinstrumenten und Fördermittel des Landes Niederösterreich im Interesse von Arbeitsmarkt, Tourismus und Kultur.

2. Naturraum, Naturschutz und landschaftsgebundene Erholungsfunktion

(1) Naturraum, Kulturlandschaft

Bestandsicherung bzw. Erhöhung der Vielfalt der Landschaftsstruktur.

Sicherung eines intakten Landschaftshaushaltes durch Bestandssicherung bzw. Schaffung von ökologischen Achsen und Biotopverbundsystemen.

"Wiedereinräumung" der Landschaft in Gemeindeteilen mit Ausstattungsdefiziten an Landschaftselementen.

Erhaltung noch im Gemeindegebiet vorkommender stehenden Gewässer (Teiche, Tümpel, Biotope) als Lebensraum für vom Aussterben bedrohte Amphibien.

Berücksichtigung der Fließgewässer (Hochwassergefahren) bei allen baulichen Maßnahmen und Bedachtnahme auf mögliche erhöhte Grundwasserbestände entlang von Hangfüßen.

Erhaltung eines ausreichenden Waldbestandes einschließlich intakter Uferbegleitgehölze auf Grund der geringen Waldausstattung in Teilbereichen der Gemeinde in Abstimmung mit dem Waldentwicklungsplan.

(2) Erholungsraum

Erhaltung bzw. Verbesserung der innerörtlichen Grünstrukturen und der innerörtlichen Freizeitangebote für die Sportausübung im Freien.

Bestandssicherung und weiterer Ausbau der landschaftsgebundenen Erholungsinfrastruktur (Wanderwege, Reitwege, Radwege, Lehrpfade, etc.)

(3) Naturschutz

Erhaltung bzw. nachhaltige Weiterentwicklung der Natura 2000-Gebiete "eichen-, Erlen- und Eschenau" und "Urfluss".

Bestandssicherung des einzigen im Gemeindegebiet noch vorhandenen Naturdenkmales (Winterlinde) in Oberhausleiten.

3. Bevölkerung

- Fortsetzung der positiven Bevölkerungsentwicklung im Hauptort Aschbach Markt im Interesse einer wirtschaftlichen Auslastung der Infrastruktureinrichtungen bei gleichzeitiger Stabilisierung der Bevölkerungszahl im Streusiedlungsbereich zur Aufrechterhaltung der Besiedelung und Bewirtschaftung der Kulturlandschaft.

Erzielung eines Bevölkerungszuwachses in der Gemeinde durch die gezielte Nutzung der bereits vorhandenen, verfügbaren Baulandreserven und gegebenenfalls Baulanderweiterung entsprechend der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes.

4. Wirtschaft

(1) Land- und Forstwirtschaft

- Erhaltung und Verbesserung der derzeitigen Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie Vermeidung nachteiliger Auswirkungen in der Marktgemeinde Aschbach und langfristige Sicherung der Nahrungsmittelproduktion in der Gemeinde.
- Bestandssicherung der landwirtschaftlichen Betriebe sowohl durch Schaffung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze für Nebenerwerbslandwirte als auch durch Rücksichtnahme auf landwirtschaftliche Produktionsbedingungen bei der Flächenwidmung.

(2) Produzierender und Dienstleistungssektor

- Bestandssicherung der vorhandenen (Klein-)Betriebe und Arbeitsplätze im produzierenden und im Dienstleistungssektor.
- Förderung von Betriebsansiedelungen in Wachstumsbranchen bzw. mit hoher Wertschöpfung.
- Förderung von Betrieben mit ansprechendem Lohnniveau und umweltschonenden Produktionsmethoden.
- Aktives Bemühen um die Erhaltung und Weiterentwicklung einer funktionierenden Nahversorgung in der Gemeinde.

(3) Tourismus

- Weiterentwicklung des touristischen Angebotes in der Gemeinde im Hinblick auf den Ausflugstourismus und die Naherholung.

5. Siedlung und Ortsbild

(1) Baulandentwicklung

- Im Hinblick auf die Vermeidung weiteren Landschaftsverbrauchs und die Kosten der Infrastrukturerstellung ist der Aktivierung des Nutzungspotenzials des bestehenden Baulandes gegenüber einer Neuausweisung von Baulandflächen an peripher gelegenen Standorten der Vorzug zu geben.

- Beachtung des Prinzips der Qualitätssicherung - Standortaufwertung und Siedlungsentwicklung vorzugsweise in infrastrukturell gut versorgten Bereichen unter Vermeidung von Nutzungskonflikten.

(2) Wohnbauland

Fortführung der bisherigen Siedlungspolitik der Gemeinde durch die Anlage planmäßiger Siedlungen unter Bedachtnahme auf die Vermeidung von Nutzungskonflikten (Lärm-, Geruchs und sonstige Emissionen) zwischen betrieblicher und Wohnnutzung.

- Erhaltung der durchgrünten Siedlungsstruktur, Zulassen baulicher Verdichtung nur in infrastrukturell gut versorgten Bereichen.

Schaffung eines hinsichtlich Größe und Ausstattung den Bedürfnissen aller Bevölkerungsschichten und deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit entsprechenden Wohnungsangebotes, insbesondere im Hinblick auf die enorme Grundinanspruchnahme durch den Einfamilienhausbau, d.h. Schaffung von Wohnraum in ökonomischer, sinnvoller Verdichtung in infrastrukturell gut versorgten Bereichen.

- Vorsorge für wohngebietsbezogene Ergänzungsfunktionen im Naheinzugsbereich der Wohngebiete im Sinne des Prinzips "Lebens- und Alltagsraum der kurzen Wege" (soziale Infrastruktur, Erholungsflächen, Einkaufsmöglichkeiten, sonstige Dienstleistungen, öffentlicher Verkehr, etc.).

(3) Betriebsgebiete - Gewerbezone

Fortführung der bisherigen Vorgangsweise der Gemeinde, nämlich Schaffung von zusammenhängenden Gewerbe- bzw. Betriebsgebietszonen entsprechend den Kundenansprüchen bzw. den Anforderungen durch die Betriebe unter Bedachtnahme auf die Vermeidung von Nutzungskonflikten (Lärm-, Geruchs- und sonstige Emissionen) zwischen betrieblicher und Wohnnutzung.

Langfristige Überlegungen zur Entmischung von Betrieben des Produktions- und Baugewerbes und der Wohnnutzung dort, wo großflächig Reibungspunkte vorhanden sind (z.B. Fa. Pabst, Neufeld) durch Verlagerung der Produktionsanlagen in eigens dafür zu schaffende Bereiche (Gewerbezone).

Beibehaltung der bisherigen Bodenpolitik der Gemeinde.

- Wirksame Verhinderung von Störfaktoren für das Ortsbild, wie zu große Bauhöhen, unpassende Gebäudeproportionen und Sichtbehinderungen.

(4) Ortsbild

- Erhaltung der regionsspezifischen Charakteristik der einzelnen Ortschaften und der besonders ortsbildprägenden Bereiche sowie Bedachtnahme auf das äußere Ortsbild.

Besondere Bedachtnahme auf das Ortsbild bei allen Siedlungserweiterungen und bei der Anlage von Gewerbegebieten.

Bedachtnahme auf ein ausgewogenes Maß an Bauland- und Grünflächen bei Siedlungserweiterungen (Pufferzonen, Durchlüftungssachsen, Grünzonen, Sichtachsen, Erholungsflächen, etc.)

6. Verkehr

(1) Allgemeine Ziele

Vermeidung von Neuverkehr und von nicht notwendigem Verkehr.

Forcierung des Umweltverbundes, d.h. Flächenversorgung und Zubringerfunktion durch Individualverkehr, gemeindegrenzüberschreitende Fahrten durch öffentlichen Verkehr.

Verbesserung der Abwicklung des nicht verlagerbaren Verkehrs, insbesondere Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Förderung einer verkehrsarten- und verkehrsträgerübergreifenden Mobilität.

(2) Verkehrswege des Individualverkehrs

Umsetzung all jener Maßnahmen, die im Verkehrskonzept - Kapitel 4 angeführt sind und in die Kompetenz der Gemeinde fallen.

Bemühungen um Umsetzung all jener Maßnahmen gemäß Kapitel 4 - die nicht in die Kompetenz der Gemeinde fallen.

(3) Öffentlicher Verkehr

Bemühungen um die Attraktivierung der Bahnhaltestellen im Gemeindegebiet im Interesse der besseren Akzeptanz der Bahn.

Bemühungen um bessere Fahrplanabstimmungen zwischen Bahn und Bus im Lokalverkehr bzw. in den Umsteigebahnhöfen Amstetten, St. Valentin und Linz vom Regional- zum Fernverkehr.

Bemühungen um eine bessere flächendeckende Bedienung des ländlichen Raumes der Gemeinde im Busverkehr, allenfalls auch durch alternative Angebotsformen (z.B. Anrufsammeltaxi).

7. Infrastruktur

Bedachtnahme auf eine möglichst ökonomische Nutzung der Einrichtungen der technischen Infrastruktur bei der weiteren Inanspruchnahme vorhandenen Baulandes.

Vorrangig Mobilisierung jener Baulandflächen, die im Einzugsbereich vorhandener Kanalisation und Wasserversorgung liegen.

Vorsorge für die langfristige Erhaltung aller vorhandenen öffentlichen Einrichtungen (Postamt, Polizeiinspektion, etc.)

Verbesserung der Wasserversorgung in jenen Bereichen bzw. Ortschaften, wo Versorgungsmängel bestehen.

Mobilisierung der Bevölkerung für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen.

Verbesserung bzw. weiterer Ausbau der Sport- und Freizeiteinrichtungen der Gemeinde im Einklang mit den künftigen Siedlungserweiterungen sowie im Interesse des Tourismus.

8. Gemeindehaushalt

Absicherung eines tragfähigen Gemeindehaushaltes durch

- Erhöhung des Kommunalsteueranteiles (Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung).
- ökonomischen Infrastrukturmitteleinsatz.

§ 4

Maßnahmen der örtlichen Raumordnung *)

Als Maßnahmen der örtlichen Raumplanung werden vorgesehen:

1. Funktionen und Umlandbeziehungen

Zielgerichteter Einsatz von Förderungsmitteln vor allem zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Funktionsgerechte Bodenpolitik der Gemeinde, die auf die einzelnen Ortsteilfunktionen abgestimmt ist. Privatwirtschaftlicher Mitteleinsatz der Gemeinde zur Unterstützung von Betriebsansiedlungen.

2. Naturraum, Kulturlandschaft, Erholungsraum, Naturschutz

Umsetzung der in § 3 Pkt. 2 dieser Verordnung sowie im Landschaftskonzept für die Marktgemeinde Aschbach festgelegten Zielsetzungen zur Sicherung eines intakten Landschaftshaushaltes sowie zur Bestandssicherung bzw. Erhöhung der Vielfalt der Landschaftsstruktur durch Berücksichtigung der in der Plandarstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes festgelegten regionalen Grünzone bzw. örtlichen Grünzüge, lokalen Siedlungsgrenzen und Freihalteflächen bei der Flächenwidmungsplanung.

Widmungsmäßige Absicherung bestehender und allfälliger geplanter neuer Freizeit- und Erholungseinrichtungen als ergänzende Einrichtungen für das Wohnen.

Sorgfältige Interessensabwägung vor allen Widmungsfestlegungen im Flächenwidmungsplan an den Nahstellen zwischen Bauland und Grünland bzw. bei Baulandwidmungen außerhalb geschlossener Siedlungsbereiche.

Neuwidmung von Baulandflächen nur in den in der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes dargestellten Gebieten von Hochwassergefährdeten oder durch hohen Grundwasserstand beeinträchtigten Bereichen.

Erhaltung der bestehenden Waldflächen, insbesondere in den siedlungsnahen und unterausgestatteten Bereichen im Hinblick auf ihre ökologische, lokalklimatische und landschaftsbildprägende Wirkung.

Sorgfältige Prüfung von Aufforstungsvorhaben auf ihre landschaftsbildverändernden Auswirkungen außerhalb der landwirtschaftlichen Vorrangzonen.

*) Mehrfachnennungen von Maßnahmen sind möglich, wenn sie für mehrere Punkte Gültigkeit haben.

Bemühen der Gemeinde, auch im Hinblick auf die Inanspruchnahme entsprechender Förderungsmittel, um

- den Schutz markanter Baumgruppen und Einzelbäume als wesentliche landschaftsbildprägende Elemente;

- die Erhaltung bzw. die Neuanlage der Streuobstwiesen, Baumzeiler und Hecken als landschaftsbildprägende Elemente der Kulturlandschaft bzw. als Überlebensraum der in diesen Landschaftselementen noch vorhandenen Tierwelt sowie als positiver Einflussfaktor auf das Kleinklima;

- landschaftsgestaltende Maßnahmen entlang regulierter Bäche und Gräben;

- die Erhaltung der noch vorhandenen landschaftsprägenden Baum- und Strauchbestände (Flur- und Riedelgehölze) sowie der Uferbegleitgehölze entlang der nicht regulierten Flüsse und Bäche im Gemeindegebiet;

Bedachtnahme auf jene Bereiche, die als Natura 2000-Gebiete besonderen Nutzungs- und Handhabungsrichtlinien unterliegen. Im Gemeindegebiet sind das kleinräumige "Erlen-Eschen-Weidenau-Flächen" entlang der Url und im Bereich der Riesinger Au sowie die Url selbst als Fauna-Habitat für die Fischarten Koppe und Schrätzer.

Erhaltung und Weiterentwicklung des Wanderwegenetzes in der Gemeinde zur Nutzung des vorhandenen Erholungspotenzials der Landschaft.

Erhaltung der das Ortsbild gliedernden Grünzüge und Grünräume als Elemente der Ortsbildgestaltung, Durchlüftung und Staubbinding.

Umsetzung der in der "Url-Fluss-Studie" beschriebenen Maßnahmen.

3. Bevölkerung

Bereitstellung eines entsprechenden Angebotes an baureifen Grundstücken in der Gemeinde durch Unterstützung privater Initiativen (z.B. bei Baulandumlegungen und Grundankäufen) zur Sicherstellung des angestrebten Einwohnerzuwachses durch Nutzung vorhandener Baulandreserven.

Attraktivierung des Ortes als Wohnstandort durch Unterstützung privater oder halböffentlicher Aktivitäten.

Attraktivierung des Ortszentrums als Standort für attraktive Dienstleistungseinrichtungen durch privatwirtschaftliche Maßnahmen der Gemeinde.

4. Wirtschaft

(1) Land- und Forstwirtschaft

Rücksichtnahme auf jene landwirtschaftlichen Produktionsflächen, die für die Bestandssicherung einzelner landwirtschaftlicher Betriebe von Bedeutung sind, bei der Erstellung des Flächenwidmungsplanes.

Unterstützung der Landwirtschaft bei der Verbesserung der Produktionsbedingungen (Betriebs- und Größenstruktur) durch privatwirtschaftliche Maßnahmen bzw. bei den Grundzusammenlegungen.

Unterstützung der Landwirtschaft beim Ausbau alternativer Produktionsformen (Erzeugung von Nischenprodukten, Direktvermarktung, etc.) zum Zweck der Bestandssicherung.

Rücksichtnahme bei weiteren Flurplanungen, Grundzusammenlegungen, Anlage von Christbaumkulturen und überdimensionalen landwirtschaftlichen Nutzbauten (Geflügelhallen) auf die Belange von Landschaftsschutz, Landschaftsbild, Ökologie und Ortsbild.

(2) Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen

Nutzungskonforme Festlegung der Widmungsarten im Flächenwidmungsplan zur Bestandssicherung der Betriebe des produzierenden und des Dienstleistungssektors sowie im Hinblick auf allfällige betriebliche Erweiterungsabsichten, wobei gegenseitige Beeinträchtigungen zwischen Wohn- und Betriebsnutzung vermieden werden sollen.

Aktive Betriebsansiedlungspolitik durch Bereitstellung geeigneter Betriebsgebietsflächen, Einschaltung von Betriebsansiedlung- und Trägergesellschaften (z.B. Ecoplus, Banken, etc.) zur Vergrößerung des Arbeitsplatzangebotes in der Gemeinde.

(3) Tourismus

Positionierung von Aschbach als Ausflugs- und (Nah-)Erholungsgemeinde durch Ausbau der vorhandenen Freizeitinfrastruktur und geeignete Werbemaßnahmen, auch in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden.

5. Siedlung und Ortsbild

(1) Allgemeine Maßnahmen

Differenzierung der Baulandwidmungsarten im Flächenwidmungsplan entsprechend der in der Plandarstellung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes vorgenommenen Abgrenzung funktioneller Bereiche.

Festlegung von Freihalteflächen (Gfrei) im Flächenwidmungsplan in jenen Bereichen, wo laut Entwicklungskonzept besonders wichtige Bauland-Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.

Festlegung von Aufschließungszonen für jene Bereiche, wo die Erschließungsfrage noch nicht geklärt ist.

(2) Wohnbauland

Anlage von Siedlungserweiterungen nur in den in der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes dargestellten Bereichen.

Bemühungen um die Nutzung leer stehender Wohn- und Geschäftsgebäude im Hauptort Aschbach-Markt, aber auch in den übrigen Siedlungsbereichen im Interesse eines intakten Ortsbildes.

Unterstützung privater Initiativen zur Bereitstellung eines entsprechenden Angebotes an baureifen Grundstücken im Wohnbauland durch die Gemeinde (z.B. bei Baulandumlegungen, Grundankäufen).

Keine Erweiterung isoliert liegender Baulandsplitter im Hinblick auf das Ziel einer Vermeidung nicht notwendigen motorisierten Individualverkehrs (mIV).

(3) Betriebsgebiete - Gewerbebezonen

Festlegung der Baulandwidmungsarten im Flächenwidmungsplan in der Art, dass Nutzungskonflikte (Lärm-, Geruchs- und sonstige Emissionen) zwischen betrieblicher und Wohnnutzung ausgeschlossen werden bzw. Festlegung von wirksamen Schutzmaßnahmen bei bestehenden Betrieben im Bereich geschlossener Siedlungen.

Unterstützung privater Initiativen zur Bereitstellung eines entsprechenden Angebotes an baureifen Grundstücken im Betriebsbauland durch die Gemeinde (z.B. bei Baulandumlegungen, Grundankäufen).

Anlage von Betriebs- und Gewerbegebieten nur in den in der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes dargestellten Bereichen entsprechend ihrer Kundenorientierung (Differenzierung nach Betriebsgebieten mit hoher bzw. geringer Kundenorientierung).

Bestandssicherung des bestehenden Gartencenter- und Pflanzenversandbetriebes durch Widmung als Bauland-Sondergebiet. Damit soll sichergestellt werden, dass allfällige Umnutzungsabsichten hintangehalten werden.

(4) Ortsbild

Bedachtnahme auf die visuellen Hauptmerkmale der Ortskerne von Aschbach und Krenstetten (geschlossene Straßenräume, Blickpunkte, etc.) bei der künftigen Ortsbildgestaltung.

Weitere Stärkung der Initiativen zur Ortsbildverschönerung.

Wiederherstellung klarer Ortsräume entsprechend der Plandarstellung des Entwicklungskonzeptes zur Verbesserung des äußeren Ortsbildes.

Erhaltung der das Ortsbild gliedernden Grünzüge und Grünräume als Elemente der Ortsbildgestaltung.

Besondere Bedachtnahme auf die unter Denkmalschutz stehenden und denkmalschutzwürdigen Objekte bei allen baulichen Maßnahmen in deren Umgebungsbereich.

Erhaltung der für eine intakte Kulturlandschaft typischen Kleindenkmäler.

6. Verkehr

(1) Allgemeine Maßnahmen

Mobilisierung des vorhandenen, verkehrstechnisch günstig gelegenen Baulandes.

Neuweisung verkehrserzeugender Widmungen (BB, BI) nur in verkehrstechnisch günstig gelegenen Bereichen (z.B. Ortsrandlagen, Schnittpunkte wichtiger Verkehrsachsen, etc.).

(2) Fußgänger, Radfahrer, ruhender Verkehr und öffentlicher Verkehr

Erhöhung der Verkehrssicherheit durch

- Errichtung von Gehsteigen entlang stärker befahrener Straßenzüge im Ortsgebiet.
- Straßenraumgestaltung in den Ortskernen von Krenstetten und Aschbach (Schaffung ausreichend breiter Gehsteige und sicherer Quermöglichkeiten, Schaffung von verkehrsfreien Zonen, gestalterische Maßnahmen wie Sitzbänke oder Aufenthaltszonen für Fußgänger, ausreichende Straßenbeleuchtung).
- Errichtung eines kombinierten Fuß- und Radweges entlang der 6208 zwischen Krenstetten und der Bahnhaltestelle Krenstetten-Biberbach.
- Tempobremsen für Autofahrer durch Schaffung von Torsituationen.

Attraktivierung des Radwegenetzes durch

- weiteren Ausbau von Fahrradstreifen entlang stark befahrener Straßenzüge.
- Ausbau der touristischen Radwege in der Form, dass sie auch für die Gemeindebewohner im Alltagsgebrauch attraktiv werden.
- Abschnittsweise Verlegung der Radwegrouten auf besser geeignete Wege (besserer Ausbauzustand, Trennung vom motorisierten Verkehr, günstigere Neigungsverhältnisse, etc.).
- Schaffung ausreichender Fahrradabstellmöglichkeiten bei Haltestellen und öffentlichen Einrichtungen.

Förderung des öffentlichen Verkehrs durch

- Attraktivierung der Bahnhaltestellen in Aschbach Markt und Krenstetten-Biberbach.
- Verbesserung des Fahrplangefüges insgesamt.

- Ausstattung der Bushaltestellen mit höheren Fahrgastaufkommen mit wetterfesten Wartehäuschen.

- Errichtung zusätzlicher Bushaltestellen in der Nähe bestehender Ortschaften und Siedlungen.

(3) Verkehrswege des Individualverkehrs

Verbesserung der Verbindungen des regionalen und überörtlichen Individualverkehrs durch

- Ausbau bzw. Neutrassierung der L84 zwischen A1 und Aschbach-Markt einschließlich der Kreuzung L84 - B1.

- Sukzessiven Ausbau der L6208 zwischen Aschbach-Markt und Öhling.

Ausbau untergeordneter Landesstraßen innerhalb des Gemeindegebietes (L6236, L6215).

Ausbau bzw. Sanierung von Haus- und Hofzufahrten im ländlichen Raum.

Sanierung von Bahnunterführungen.

Beseitigung von Gefahrenstellen im Straßennetz durch sicherheitstechnische und verkehrsberuhigende Maßnahmen wie z.B.

- Um- und Ausbau der gefährlichen Kreuzung L6231 - L6232 in Windfeld.

- Ausbau innerörtlicher Kreuzungsbereiche in Aschbach und Krenstetten.

- Schaffung von Torsituationen an den Ortseinfahrten mit geringerer Verkehrsbelastung.

- Schaffung von Tempo 30-Zonen in Wohnsiedlungsgebieten.

7. Infrastruktur

(1) Technische Infrastruktur

Bedachtnahme auf eine möglichst ökonomische Nutzung der Einrichtungen der technischen Infrastruktur bei der Baulandausweisung und Bebauungsplanung.

Sukzessiver Anschluss auch des Streusiedlungsbereiches von Aschbach an das Kanalnetz, unter Beachtung von Kriterien der Wirtschaftlichkeit.

Baulandausweisung nur in jenen Bereichen, die im möglichen Einzugsbereich der Ortskanalisationen liegen.

Unterstützung aller Aktivitäten der Bevölkerung in Richtung erneuerbarer Energien durch privatwirtschaftliche Maßnahmen der Gemeinde.

Raschest möglicher Anschluss der Ortschaft Krenstetten an das öffentliche Wasserversorgungsnetz.

(2) Soziale Infrastruktur

Vorsorge für die langfristige Erhaltung aller in der Gemeinde vorhandenen öffentlichen Einrichtungen.

§ 5 Kompetenz

Soweit die Verwirklichung dieser Maßnahmen nicht in die Kompetenz der Gemeinde fällt, werden Verhandlungen mit den zuständigen Bundes- und Landesdienststellen sowie Planungsträgern (Österreichische Post AG, Telekom Austria, ASFINAG, ÖBB, etc.) aufgenommen.

§ 6 Grundlagenforschung

Die Grundlagenforschung samt Verkehrs- und Landschaftskonzept ist integrierter Bestandteil des Örtlichen Raumordnungsprogramms. Die im Ziel- und Maßnahmenkatalog festgelegten Ziele und Maßnahmen leiten sich aus der Grundlagenforschung ab.

§ 7 Flächenwidmungsplan – Plandarstellung (gegenstandslos)